**Stadt Georgsmarienhütte
Die Bürgermeisterin
Ordnungswesen, Kultur und Stadtmarketing**

Verfasser/in: Susanne Feldmann

**Vorlage Nr. BV/011/2024
Datum: 16.01.2024**

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Sitzungs- datum	Sitzungsart (N/Ö)
Verwaltungsausschuss (nichtöffentlich)	14.02.2024	N
Rat	15.02.2024	Ö

**Betreff: Annahme von Zuwendungen des Fördervereins der Ortsfeuerwehr
Oesede e.V. im Kalenderjahr 2023**

Beschlussvorschlag:

Die Annahme der Zuwendung des Fördervereins der Ortsfeuerwehr Oesede e.V. an die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Georgsmarienhütte - Ortsfeuerwehr Oesede - in Höhe von 181,02 € wird nachträglich genehmigt.

Sachverhalt / Begründung:

Der Rat hat in seiner Sitzung am 22.06.23 bereits eine Spende des Fördervereins der Ortsfeuerwehr Oesede e.V. an die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Georgsmarienhütte – Ortsfeuerwehr Oesede- mit einem Gesamtwert von max. 25.000 € im Kalenderjahr 2023 für ein Gartenhaus mit Mobiliar und Inventar angenommen. Informationshalber wurden davon bisher 22.139 € von dem Förderverein gezahlt/getragen. Weitere Zuwendungen werden aufgrund von Verzögerungen erst im Kalenderjahr 2024 erwartet.

Darüber hinaus ließ der Förderverein der Ortsfeuerwehr Oesede e.V. der Ortsfeuerwehr Oesede im Kalenderjahr 2023 noch weitere Zuwendungen in Höhe von insgesamt 181,02 € für Farbe für das Signet am Feuerwehrhaus (31,02 € am 17.05.2023) und für Materialien für die Brandschutzerziehung (150 € am 05.10.2023) zukommen.

Aufgrund der Richtlinien über die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen dem Rat, dem Verwaltungsausschuss und dem Bürgermeister vom 23.07.2015 Nr. I. B, hat der Rat gemäß § 111 Abs. 8 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in Verbindung mit § 26 Abs. 2 der Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung (KomHKVO) die Entscheidung über die Annahme und Vermittlung von Spenden und Zuwendungen im Wert von 100 € bis höchstens 2.000 € dem Verwaltungsausschuss übertragen.

Leistet dabei ein Zuwendungsgeber in einem Haushaltsjahr mehrere Zuwendungen, deren Gesamtwert die o.g. Wertgrenze überschreitet, so entscheidet gemäß § 26 Abs. 3 KomHKVO vom Zeitpunkt der Überschreitung der Wertgrenze an das unter Zugrundelegung der Höhe

des Gesamtwerts der Zuwendungen zuständige Organ über die Annahme oder Vermittlung der Zuwendung.

Mit der im Haushaltsjahr 2023 bereits durch die Annahme der Sachspende in Form einer Gartenhütte erfolgten Überschreitung der Wertgrenze fällt somit auch die Beschlussfassung für die Annahme der o.g. Zuwendungen in Höhe von insgesamt 181,02 € in die Zuständigkeit des Rates.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Gleichstellungspolitische Auswirkungen:

keine